



Die Hatz auf die sogenannten Reichen

Die Ablenkung von den wahren Verursachern der Krise

Es mehren sich die Stimmen, die fordern, dass die „Reichen“ für die Krise in Europa zahlen sollen, um diese einzudämmen. Rezepte aus der Mottenkiste linker Politik haben schon vielfach gezeigt, dass sie keineswegs dafür geeignet sind, mehr Gerechtigkeit in die Welt zu bringen oder Schieflagen irgendeiner Art zu revidieren. Ganz abgesehen davon, dass es wohl zunächst darum gehen muss, die Täter dieses Desasters zur Verantwortung zu ziehen. Wer dafür sorgt, dass Fleiß sich nicht mehr lohnt, wird nicht weniger, sondern mehr Armut ernten. Wer meint, seine Restaurant-Rechnung mit dem Griff ins Portmonee des Sitznachbarns begleichen zu können, wird wohl eine Rauferei ernten. Was im Kleinen nicht funktioniert, wird auch im Großen in einem Desaster münden. Die Stellschrauben zur Lösung und Überwindung der Krise in Europa sitzen woanders. Nur eine Regierung, die die Eigeninitiative und den Besitz von Eigentum stärkt, die Steuern und Abgaben senkt, die einer Fiskalunion eine Absage erteilt und massiv Jugendliche fördert, sowie Unternehmensgründer unterstützt, wird Deutschland und somit Europa wieder zu alter Stärke führen und die gegenwärtige Krise überwinden..

Unglaublich, dass es immer wieder möglich ist, ohne großen Widerspruch die dämlichsten Vorschläge zum Besten zu geben, um sich als Politiker zu profilieren. Wer, wie etwa der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel allen Ernstes der Meinung ist, dass es genügt, die sogenannten „Reichen“ zu schröpfen, um monetäre Schieflagen

in Europas Finanzmärkten zu begradigen, outet sich als mit der Materie wenig vertrautes politisches Leichtgewicht, der durch seine geringen Fachkenntnisse lediglich die Menschen gegeneinander aufwiegelt. Nicht die sogenannten Reichen haben Unbill über Europa gebracht, sondern die an bestimmten Hebeln der Macht sitzen-

den Akteure, die auch und gerade hinter der politischen Bühne zu suchen sind..

Nur zur Erinnerung: 2004 haben der damalige Bundeskanzler Schröder und sein Vize Joska Fischer Hedge-Fonds und Derivate zugelassen. Rot-Grüner Politik ist es also zu verdanken, dass ein finanzielles Krebsgeschwür entstanden ist, das reihenweise ganze Staaten befallen hat. Selbst wenn man berücksichtigt, dass sich die Krise in den USA zuerst massiv ausgeprägt hat, haben derartige Weichenstellungen dazu geführt, dass der Finanzkrebs auf Europa übergreifen konnte.

Übrigens ist es dem SPD-Vorsitzenden auch zu verdanken, dass wir heute in Europa ein Verbot der Glühbirne haben. Einem Beleuchtungsmittel, dessen Ökobilanz sich bei näherer Betrachtung als wesentlich vorteilhafter darstellt, als diejenige der vielgepriesenen Energiesparlampe. Heute wird auf Brüssel gezeigt, wenn man von eigener Schuld ablenken will. Tatsache ist, dass Sigmar Gabriel im Jahr 2007 in einem Brief an die EU-Kommission das Glühbirnen-Verbot anregte.

Linksgrüne Unheilsbringer

Unverantwortlich Handelnden auf der politischen Bühne ist es also zu verdanken, dass in Europa ein radikaler, negativer Umbruch stattfindet, dessen Höhepunkt noch lange nicht erreicht ist. Umbrüche sind willkommen, wenn sie positiven Charakter haben, hier ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die Verteilung der Lasten soll gerechter werden schallt es uns aus dem Mund der Brandstifter entgegen. Notwendig sei eine Erhöhung der Kapital-, Vermögens- und Erbschaftsteuer. Ganz zu schweigen vom Spitzensteuersatz, der natürlich viel zu gering ist. Gewerkschaften, Sozialverbände und Aktionsgruppen machen Front gegen „die Reichen“.

Abgesehen davon, dass „die Reichen“ keine Schuld an der Miesere haben, die Europa im Griff hat, stellt sich die Frage, wer die Reichen überhaupt sind, auf die derart verbal ein-



1

1 Wer hier lebt, gehört sicher zu einer gut betuchten Schicht. Doch warum soll der Besitzer dieses Anwesens für die Fehler unverantwortlich agierender Staatenlenker geradestehen?

gedroschen wird. Sind das all jene, die ein großes Herz haben und Jahr für Jahr große Summen in wohltätige Organisationen stecken? Sind dies einfache Arbeitnehmer, die sich in einer Gegend eine Eigentumswohnung vom Mund abgespart haben, die nun kräftig im Wert gestiegen ist, da diese in einer Gegend liegt, die dank des Versagens politischer Künste durch eine Landflucht im Wert gestiegen ist?

Wer in seiner grenzenlosen politischen Ahnungslosigkeit davon ausgeht, dass es folgenlos ist, die Bürger, die ein Land am Laufen halten, immer weiter zu belasten, wird später ähnliche Worte stammeln, wie sie nach dem Zusammenbruch der DDR zu hören waren, wo politische Akteure ihre Bürger doch nur lieb hatten. Gerade Linke, wie der Vorsitzende der Linkspartei Bernd Riexinger, sind sich nicht

im Klaren, welchem Irrtum sie aufsitzen, wenn sie meinen, „überflüssigen Reichtum“ umverteilen zu müssen. Zum einen gibt es keinen überflüssigen Reichtum, wenn er auf der Grundlage ehrlicher Arbeit erworben wurde, zum anderen ist es volkswirtschaftlich schädlich, Fleiß zu regulieren. Die Folge wäre mehr Armut und Elend, da nicht erwirtschaftetes Bruttosozialprodukt natürlich nicht zur Linderung von Armut und Steigerung von Bildung beitragen kann.

Mehr Anerkennung für Fleiß

Was wirklich nötig wäre, ist eine Kultur der Anerkennung für großen Fleiß. Warum werden immer nur Neiddebatten geführt, wenn es ein Unternehmer geschafft hat, sich einen Lebenstraum zu erfüllen und gleichzeitig durch sein Handeln zahlreiche Arbeitsplätze ge-

schaffen hat? Eine positive Kultur diesen Menschen gegenüber würde sicher für den einen oder anderen wachen Kopf ein Ansporn sein, sich ebenfalls den Traum der Selbstständigkeit zu erfüllen. Ein Land kann nicht genug von diesen Menschen haben! Ihre Zahl ist viel zu gering. Es gilt, hier anzusetzen.

Einem Menschen, der sich selbstständig machen möchte, werden in Deutschland unglaubliche Hürden in den Weg gelegt. Er ist auf sich alleine gestellt, wenn er den Sprung in die finanziell ungewisse Zukunft wagt. Gründungsdarlehen sind ein Hohn diesen Leuten gegenüber. Während Zuwanderer einen Gutschein für den Start ins neue Leben bekommen, werden Firmengründer in die Zinsfluten getaucht, wenn sie bei der KfW ein Darlehen beantragen müssen. Warum



2 Wer sich mühsam ein bescheidenes Heim zusammengespargt hat und nun dank mangelhafter Regierungskunst in einem nachgefragten Stadtviertel wohnt, ist in den Augen linker Neider bereits ein Gutverdiener, der gefälligst zur Krisenbeilegung sein Portmonee zu öffnen hat.

um alles in der Welt hilft man diesen Leuten nicht zinslos auf die Füße? Und warum um alles in der Welt verlieren Beamte ihre Pensionsansprüche, wenn Sie sich entschließen, ein eigenes Unternehmen aufzubauen, während etwa ein ehemaliger Bundespräsident für sein Fehlverhalten noch finanziell belohnt wird?

Haben die Jungunternehmer es dann trotz widriger Umstände geschafft, werden sie zum Hassobjekt linker, auch und gerade im Bundestag sitzender Taugenichtse, die sich noch nie darüber Gedanken gemacht haben, woher eigentlich das Geld kommt, das sie in nicht unbeträchtlicher Höhe Monat für Monat auf ihr Konto überwiesen bekommen.

Brandstifter rufen die Feuerwehr

Im stillen Kämmerlein überlegen diese Kreise nun sogar, eine Zwangsanleihe einzuführen, um die Folgen ihrer verantwortungslosen Politik zu ka-

schieren. Wer erinnert sich nicht an den sogenannten Zensus, der 2011 durchgeführt wurde? Man musste damals auch Angaben zur Art seiner Immobilie machen. Nun ist natürlich klar, welchen Zweck dies hatte. Niemand kann nun mehr sagen, dass er nur in einer Bruchbude lebt, die eigentlich keinen Wert mehr hat. Diese Daten sind nun in Behördenhand und eignen sich vortrefflich, „die Reichen“ zu belasten. Ein infames System, das man eigentlich mit dem Untergang der DDR und des Dritten Reichs schon für überwunden betrachtet hatte.

Blenden, tricksen, täuschen

Den Vogel schießt nun der designierte DIW-Chef Marcel Fratzscher ab. Dieser fordert doch allen Ernstes, die politische Integration und die Bankenunion voranzutreiben und zudem gleich die Eurozone zu erweitern. Zugleich gibt er zu, die Verbindung zwischen Realwirtschaft und Finanzmärkten noch

nicht ausreichend verstanden zu haben. Woher nehmen solche Leute dann das Selbstbewusstsein, das eine Ausweitung der Eurozone und die politische Integration gut für alle sind?

Das logische Ende

Angesichts derart selbstüberschätzenden Personals an verantwortlicher Stelle ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die nächsten Rufe nach noch höherer Besteuerung „der Reichen“ laut werden, um nach dem Strohfeuer einer Zwangsabgabe wiederum Rettungspakete für Banken und Länder schnüren zu können.

Nur werden diese Rufe dann wohl ungehört verhallen, da mittlerweile alle gleich arm sind und die wirklich Reichen den Hort der Taschendiebe verlassen haben.

www.weltderfertigung.de



3 Erst wenn sich der Wohlstand aus Deutschland verabschiedet hat, werden die Schäden sichtbar, die unverantwortliche Politik angerichtet hat. Wer zur Hatz auf Gutverdiener ausruft, wird erbärmliche Armut einfangen.